



M i l l a b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal



Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehe monatlich 1.76 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Postkonto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg Kreisstelle Wildbad. — Postkonto: Enztalbote Wildbad & Co., Wildbad, Postleitzahl 6600. — Postfach Nr. 2174.

Anzeigenpreise: Die eine Zeile für eine Woche oder deren Raum im Betrag Grundpreis 15 Pf., wozu 20 Pf. — Restbetrag 30 Pf. — Rabat nach Tarif. Für Druck und bei Anzeigenerstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen aber wegen gesetzlicher Freizeibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung aus.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon 174. — Wohnung: Bismarckstraße 68.

Nummer 35

Februar 1930

Mittwoch, den 12. Februar 1930

Seite 179

65. Jahrgang.

Deutscher Reichstag

Gesekentwürfe zum Haager Abkommen

Berlin, 11. Februar.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr und nimmt zunächst dem Abg. Dr. Lepi, der durch Unglücksfall aus dem Leben geschieden sei, einen Nachruf. Die Kommunisten und Nationalsozialisten blieben der Kundgebung fern.

Auf der Tagesordnung stehe als einziger Punkt die erste Beratung der Gesekentwürfe zur Durchführung der Haager Vereinbarungen. Am Regierungstisch haben der Reichskanzler und das ganze Kabinett Platz genommen.

Außenminister Dr. Curtius

Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens um die Lösung der beiden Hauptfragen, Räumung und Reparationsregelung, steht der feste Räumungstermin vom 30. Juni und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Lasten-erleichterung und wesentliche Verbesserungen der politischen und finanziellen Lage mit sich bringt. Es wäre erwünscht gewesen, auch die Saarfrage mit den anderen zusammen alsbald zur endgültigen Regelung zu bringen. Bei der politischen, wirtschaftlichen und völkerrechtlichen „Kompliziertheit“ der Aufgabe lassen sich die Verhandlungen jedoch nicht in kurzen Terminen durchführen. Wir führen die Verhandlungen aber mit dem selbstverständlichen Ziel, sobald wie möglich die restlose Rückgliederung des Saargebietes in die deutsche Souveränität zu erreichen. Ich habe nach dem augenblicklichen Stand der Dinge keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß sie auch von der Gegenseite mit dem positiven Willen zum baldmöglichsten Abschluß geführt werden. Es ist gelungen, die Schaffung eines besonderen Kontrollorgans für das Rheinland zu vermeiden. Das Versailler Sanktions-system einschließlich seines Artikels 430 ist beseitigt und Deutschland ist künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt.

Im Abkommen mit Polen hat Deutschland für den gegenüber Polen ausgesprochenen Verzicht auf Privatreorderungen wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht und namentlich für die deutsche Minderheit in Polen den Druck, der die ganzen zehn Jahre nach dem Krieg auf ihr lastete, erleichtert. Die finanzielle Belastung geht nicht im entferntesten in Milliardenbeträge. Der Verzicht auf die Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten ist eine Folge der neuen Reparationsregelung mit ihrer Herabsetzung der deutschen Kapitalschuld von 132 auf 34 Milliarden Goldmark. Was die deutschen Minderheiten Polens betrifft, so hat die Regierung Sorge getragen, einen praktisch einigermassen sicheren Weg zu finden, und es ist ihr gelungen, 12 000 deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Familienkopfszahl von etwa 80 000 Personen, sowie ihre Erbrechte sicherzustellen. Die deutsche Regierung stellt fest, daß die polnische durch Uebereinkunft und den damit in unlösbarem Zusammenhang stehenden Notenwechsel Verpflichtungen übernommen hat, die praktisch eine Beendigung der für unsere Volksgenossen in Polen geschaffenen rechtlichen Ausnahmestellung bedeutet.

Im Namen der Gesamtregierung erkläre ich, daß die Regierung sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt wird, vollkommen bewußt ist. Niemand vermag heute eine sichere Voraussage für eine so lange Zukunft über die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu machen. Aber unter den gegebenen Verhältnissen ist Besseres nicht zu erreichen gewesen. Der Neue Plan beruht auf dem Grundgedanken des gemeinsamen Interesses aller beteiligten Länder und erfordert die Zusammenarbeit aller dieser Länder. Einen Anfang mit dieser Zusammenarbeit machen die Vereinbarungen über die Mobilisierung eines Teils der deutschen Jahreszahlungen. Die Reichsregierung hat die Frage, ob das Interesse unseres Landes die Annahme der vorliegenden Verträge erfordert, mit einem ehrlichen Ja beantwortet. Sie erwartet zuversichtlich, daß sich der Reichstag zu der gleichen Antwort entschließt.

Ein Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (Dnl.), den Beginn der Aussprache auf Mittwoch zu vertragen, wurde abgelehnt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Kein vernünftiger Mensch werde leugnen können, daß es in den letzten zehn Jahren vorwärts und aufwärts gegangen sei. Die Behauptung von der Alleinshuld Deutschlands habe die Sozialdemokratie niemals anerkannt. Wenn sie damals dem Versailler Diktat zustimmte, so sei es geschehen, weil es in jenem Augenblick für das deutsche Volk keinen anderen Weg gegeben habe. Die Sozialdemokraten hegten an der Vollständigkeit und Endgültigkeit des Youngplans starke Zweifel. Es könne aber nicht geleugnet werden, daß er gegenüber dem Dawesplan eine Besserung bringe. (Widerspruch rechts.) Vor allem bringe er die Rheinlandräumung. Der Reichsbankpräsident habe kein Recht zur Kritik. Man müsse dagegen protestieren, wenn etwa aus der „Zerreißung des Youngplans“ das Recht zu einer neuen Rheinlandbesetzung hergeleitet werden sollte. Die Zustimmung zum deutsch-polnischen Abkommen falle auch der Sozialdemokratie nicht leicht.

Tagespiegel

Eine etwas unklar gehaltene halbamtliche Mitteilung über eine weitere Beipredung des Reichsministers mit den Haushaltsachverständigen der Regierungskaktionen am Dienstag scheint die Auffassung zuzulassen, daß die Sachverständigen in ihrer am Montag beendeten Arbeit wieder wandend geworden seien — Dieses Wanken ist in der letzten Zeit typisch geworden.

Als Nachfolger des jetzigen preußischen Kultministers Grimme soll nach dem B. L. der Abg. König (Soz.) Vizepräsident des Brandenburgischen Schulkollegiums werden.

Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei, der wegen des Todes Strejmanns abgeleitet werden mußte, soll nunmehr am 23. März in Mannheim stattfinden.

Abg. Dr. Hugenberg (Deutschnat., von den Kommunisten mit großem Lärm empfangen) erinnert daran, daß er seinerzeit im Reichstag vor dem drohenden Ruheinbruch gewarnt habe, der dann auch eingetreten sei. (Großer Lärm auf der Linken. Der sozialdemokratische Abg. Wels ruft: „Sie haben am Ruheinbruch schon verdient!“ Stürmische Entrüstung rechts. Der nat.-soz. Abg. Stöhr ruft: „Das hat der Wels gesagt; der ist ja wieder besoffen!“ Stöhr wird aus dem Saal gewiesen, Wels erhält einen Ordnungsruf. Die Rechte verlangt, daß auch Wels aus dem Saal gewiesen werde. Der Lärm wird immer größer. Wegen verschiedener Jurufe wird auch Abg. Straffer (Nat.-Soz.) vom Präsidium des Saals gewiesen. Auch Abg. Got (Deutschnat.) erhält einen Ordnungsruf. Rufe rechts: Das ist schamlos!

Um einem Irrtum vorzubeugen

Zu der Rede des Reichsministers Dr. Curtius wird noch einiges zu sagen sein. Vorläufig muß jedoch auf einen Irrtum in seinen Ausführungen hingewiesen werden. Die Richtigkeit des halbamtlichen Berichts vorausgesetzt, sagte Dr. Curtius, die Kapitalschuld (des Dawesplans bzw. richtiger des Londoner Abkommens von 1924) in Höhe von 132 Milliarden sei durch den Neuen Plan auf 34 Milliarden herabgesetzt worden. In dieser Form ist dies natürlich unrichtig. Denn durch den Youngplan sind inzwischen ausdrücklich Deutschland auch die Kriegsschulden der ehemaligen Feindstaaten an Amerika aufgeladen worden, wonach weder im Londoner Abkommen noch im Dawesplan die Rede war.

Außerdem stellen die 132 Milliarden eine Gesamtsumme dar, die in einer nicht bestimmten Anzahl von Jahren abzutragen wäre; die 34 oder genauer 34½ Milliarden aber sind ein sogenannter Gegenwartswert, d. h. die Summe, die sich ergäbe, wenn die gesamten Reparationen an einem Tag, etwa auf 1. April 1930 bezahlt werden müßte. Auf die 58 Jahre verteilt, ergibt sich vielmehr bei der angerechneten Verzinsung von 5% v. H. eine tatsächliche Summe von 113 bis 114 Milliarden Goldmark. Dr. Curtius hätte also nicht der Gesamtsumme im einen Fall den Gegenwartswert im andern entgegenstellen sollen, was zu Irrtümern führen kann, sondern beide Male entweder die Gesamtsummen oder die beiden Gegenwartswerte einander gegenüberstellen sollen.

Zu der im Haager Abkommen festgesetzten Reparation sind aber außerdem noch die verschiedenen Liquidationsverzichte hinzuzurechnen, von denen früher nie die Rede war; im Gegenteil sollten nach dem Versailler Vertrag die betreffenden Staaten die Liquidationsüberschüsse an Deutschland herausbezahlen. Endlich ist noch zu bemerken, daß auch im Neuen Plan die bisher bereits von Deutschland geleisteten 52 Milliarden Entschädigungen vollständig unberücksichtigt geblieben sind.

Abg. Dr. Hugenberg (fortfahrend):

Der Entschluß, vor dem der Reichstag stehe, greife an die Dasensgrundlagen des Volks. Nicht nur seine Wohlfahrt und Gesundheit, sondern auch seine Freiheit und Einheit stehen auf dem Spiel. Niemand in Deutschland habe bisher die Erfüllbarkeit des Youngplans behauptet. Auch das Ausland erkenne seine Unerfüllbarkeit an. Trotzdem verlange es, ermutigt durch den Unterwerfungswillen der Sozialdemokratie, nicht nur unsere Unterschrift, sondern auch die Sanktionsklausel. Angesichts der Unerfüllbarkeit des Vertrages bedeute diese fast so viel wie eine Vollmacht zur Zerstörung des Reichs. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Tardieu habe gerade jetzt öffentlich erklärt, daß Frankreich ermächtigt sei, deutsche Häfen und Gruben zu beschlagnahmen und das Rheinland von neuem zu besetzen. (Hört, hört, rechts.) Deutschland liege waffenlos im Herzen Europas und verstoße trotzdem immer mehr in die Schlingen unerfüllbarer Verträge. Das Ende einer solchen Politik müsse sein, daß schließlich ein jeder sich geringfügig abspende und alle nur auf den Teil der Beute sehen, den sie von dem zerfallenden Erbe eines einst königlichen Volks in Anspruch nehmen wollen. (Gelächter und Jurufe links.)

Das ganze Gebäude von Optimismus und Schönfärberei, auf dem die Bekämpfung des Volksbrotens beruht, ist in

sich zusammengebrochen. Meine zehn Fragen aus dem November sind sämtlich durch den Lauf der Ereignisse zuungunsten des Youngplans beantwortet worden. Auch Herr Schacht hat es vor der Geschichte für notwendig befunden, die Mitverantwortung für diesen Plan feierlich abzulehnen. Die große Frage dieser Woche ist, wer diese Verantwortung tragen will. Der Zustand unseres Staats ist nicht mehr zu verschleiern. Wir sind mitten im Zerfall und Kulturbolschewismus. Die Zerlegung von Staat und Wirtschaft hat erschütternde Formen angenommen. In aller Offenheit organisiert die äußerste Linke den bewaffneten Aufstand. Marxismus und Bolschewismus sind die Früchte einer Weltanschauung, deren Brutstätte eigentlich nicht Deutschland, sondern der Westen und Süden ist.

Der diesen Plan annimmt, ist ungeeignet, führend an einer erfolgreichen deutschen Regierung der Zukunft mitzuwirken. Wir werden uns nicht dazu hergeben, unfererseits mit den Folgen einer solchen auswärtigen Politik entweder die Lebenshaltung der breiten Massen des Volks oder die ohnehin lebensunfähige deutsche Wirtschaft zu belasten. Wenn er beschloffen ist, gibt es deutlich sichtbar nur noch einen Weg der Rettung, nämlich auf der Grundlage unseres Willens zur Freiheit und zur christlichen deutschen Kultur im klaren Kampfe gegen den Marxismus-Staat und Wirtschaft neu aufzubauen. Ein ehrliches Ja wird im Ausland besser verstanden und gewertet, als ein unebrliches Ja. Die Polenverträge bedeuten in ihrer Auswirkung die höchste Gefährdung des deutschen Ostens und damit der deutschen Zukunft. Wie kann man es wagen, die fortgeschrittenen Unterwerfungspolitik in West und Ost auch noch als „Befreiungspolitik“ zu bezeichnen! Im Bewußtsein unserer Verantwortung richten wir in letzter Stunde an die Parteien, die nicht an die marxistische Erfüllungspolitik gekettet sind, nochmals die Bitte, Bindungen abzulehnen, die suchbarer und gefährlicher sind als diejenigen von Versailles. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts.)

Reichsaußenminister Dr. Curtius erwidert sofort: Abg. Hugenberg hat seinerzeit keinen Weg zur Vermeidung des Ruheinbruches zeigen können. Er erklärte heute, der Youngplan zerstöre die Freiheit und Einheit Deutschlands und die deutsche Kultur. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen als dem Führer der sog. Nationalen Opposition machen, daß Sie glauben, allein über Deutschlands Einheit, Freiheit und Kultur befinden zu dürfen. (Großer Lärm rechts.) Er ist der letzte, der sich darüber beschweren darf, wenn Bestimmungen für den Fall einer bewilligten Zerreißung des Plans eingefügt wurden. Seine Agitation hat erst dazu geführt. (Großer Lärm und Rufe rechts: Unerhört, unverschämt, Advokat Frankreichs, Franzosenfreund.) Es ist ganz ausgeschlossen, daß diese Bestimmungen Frankreich zu einer Wiederbesetzung des Rheinlandes berechtigen könnten. (Rufe rechts: Das hat doch Tardieu gesagt!) Nein, Tardieu ist falsch zitiert worden, es handelt sich um Zeitungsmeldungen über Äußerungen, die Tardieu angeblich vor seinen Parteifreunden gemacht haben soll. Wir alle wissen, daß die Ablehnung des Youngplans die Rückkehr zum Dawesplan bedeutet.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.): Die Rede des Herrn Reichsaußenministers ist von solchem Interesse und so bezeichnend für die Anschauungen und die Zustände in der gegenwärtigen Reichsregierung, daß sie jedermann zur Kenntnis gebracht werden sollte. Ich beantrage daher, die Rede des Herrn Dr. Curtius auf Staatskosten öffentlich anzuschlagen.

Neueste Nachrichten

Verzicht auf die „Gefahrgemeinschaft“?

Berlin, 11. Febr. Nach dem D. Z. soll Reichsfinanzminister Moldenhauer eingesehen haben, daß sein Plan, alle öffentlichen Versicherungen zur Deckung der Fehlbeträge der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, angesichts des geschlossenen Widerstands der anderen Versicherungen und der allgemeinen Abneigung gegen diesen Plan undurchführbar ist. Der Plan habe schon deshalb Bedenken hervorgerufen, weil man an die notwendige Reform der Arbeitslosenversicherung erst recht nicht mehr herantreten würde, wenn das bequeme Mittel der Belastung der anderen Versicherungsarten einmal in Gang gekommen wäre. Daran sei ja doch nicht zu denken, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung jemals in die Lage käme, die empfangenen Zuschüsse zurückzahlen. Die solide Grundlage der Versicherungen würde somit in absehbarer Zeit erschüttert und es würde statt der einen dann mehrere notleidende Versicherungen geben. Auf eine Reichstagsmehrheit für die „Gefahrgemeinschaft“ könne der Reichsfinanzminister nicht rechnen. Nun seien aber die Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung nur bis 1. April 1930 in den Haushaltsplan eingestellt, im neuen Plan fehlen sie. Somit entstehe im neuen Haushaltsplan ein neuer Deckungsbedarf, der mit 200 Millionen wohl zu niedrig angeschlagen sei.

Berlin, 11. Febr. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hatte heute vormittag eine erste Aussprache mit den Haushalt- und Steuerfachverständigen der Reichsregierung.



parteien über den Haushaltsplan für 1930. Die sogenannte „Gesamtschicht“ zwischen den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung von allen Seiten abgelehnt, dagegen wurde u. a. vorgeschlagen, die im Besitz des Reichs befindlichen Vorkursaktien der Reichsbahn zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung zu verkaufen. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

278 Millionen Reichsanleihen für die Arbeitslosenversicherung

Berlin, 11. Febr. Wie verlautet, hat das Reichskabinett beschlossen, beim Reichsrat und Reichstag die Genehmigung zu beantragen, die Aufnahme von Reichsanleihen um 278 Millionen zu erhöhen, um die zu erwartenden weiteren Beiträge der Arbeitslosenversicherung zu decken.

Grimme gegen Beder

Berlin, 11. Febr. Im Hauptauschuß des preussischen Landtags legte gestern der neue Kultminister Grimme gewissermaßen sein Programm dar. Er wandte sich gegen die Richtung seines Amtsvorgängers Dr. Beder. Diesem sei es auf die Bildung der Persönlichkeit angekommen; er sei in seinem Amt der letzte Repräsentant eines individualistischen Zeitalters gewesen. Er selbst (Grimme) sehe vieles grundsätzlich anders. Im Zeitalter der erwachten Massen sei es vorbei mit dem auf sich gestellten Individualisten. Die Persönlichkeit sei heute nur noch ein Teil und Epiphänomen einer „Machtgruppe“, ob dies dem einzelnen behage oder nicht. Die Spannung von Persönlichkeit und Partei müsse ausgeglichen werden. Die politische Persönlichkeit könne heute nur so lange wirken, wie sie von einem Machverband getragen werde.

Die Rede Grimmes, die als Zweck der Staatserziehung den Massenmenschen zu erwählen scheint, rief im Ausschuß bei den andern Parteien Widerspruch hervor.

Kulturbolschewismus

München, 11. Febr. Bei einer in der Michaels-Kirche veranstalteten Papstfeier, an der auch der hiesige päpstliche Nuntius, die Mitglieder des ehemaligen königlichen Hofes, die bayerischen Staatsminister und andre Amtspersonlichkeiten teilnahmen, hielt Kardinal und Erzbischof Faulhaber eine Predigt über: Das russische Elend ohne Gott. Wie stellen sich, frage er, die andern Völker Europas zu dem planmäßigen Vernichtungszug gegen alles Religiöse in Rußland? Werden wir in Deutschland, als Nachbarvölk, schweigen dürfen? Oder ist uns durch wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zu Rußland der Mund geschlossen? Deutsches Volk, verkaufe deine Seele und deine Ehre nicht um eine russische Kupfergrube. Oder stehen wir selbst schon zu tief im Kulturbolschewismus? Die weltliche Schule ist eine russische Schule. Die „Kinderfreudebewegung“ ist eine russische Idee. Der Vorschlag, alle Schulen bei uns zu verstaatlichen, könnte ebensogut von Moskau kommen. Die Verleugung der Wohlfahrtspläne ganz den Gemeinden und Staaten in die Hände zu legen, und die private Wohlfahrt zu unterdrücken, ist Bolschewikentum. Kulturbolschewismus ist es, wenn im deutschen Strafrecht die Gotteslästerung und der Ehebruch straffrei bleiben sollte, wenn die Ehecheidung noch mehr erleichtert werden soll. In München haben bei der jüngsten Schuleinschreibung die Eltern 82,8 v. H. die konfessionelle Schule gefordert. Das war auch ein Einspruch gegen den Bolschewismus in der Schule. Zum Schluß kündigte der Erzbischof eine entsprechende Bewegung der katholischen Vereine in München an.

Für Anschluß Hessens an Baden-Württemberg

Darmstadt, 11. Febr. Die Christlichen Gewerkschaften Hessens haben beschlossen, dem Beschluß der badischen und württembergischen Gewerkschaften auf Vereinheitlichung der beiden Länder zu folgen und Zusammenschlußbestrebungen Hessens mit Baden und Württemberg in die Wege zu leiten. Einem Anschluß an Preußen steht man in den Kreisen des Christlichen Gewerkschaftsbundes nicht sehr freundlich gegenüber.

Der Nationalsozialistische Studentenbund in Köln verboten

Köln, 11. Febr. Rektor und Senat der Universität Köln haben die Kölner Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes bis zum Abschluß eines eingeleiteten Disziplinarverfahrens verboten. Anlaß gab eine Verammlung des Nationalsozialistischen Studentenbundes in der der Redner, Diplomhandelslehrer Simon Koblenz, die politische Einstellung der Kölner Professoren einer scharfen Kritik unterzog.

Sein Genius

Eine Künstlergeschichte von Claus Behren.

7. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Wenn du gestattest, möchte ich mich jetzt der Person Janiettas verschern und mit ihm das Feld seiner nächsten Wirksamkeit besichtigen.“

„Bitte sehr, ich will die Herren nicht abhalten.“ „Gestatten Sie, gnädige Frau, daß ich schon jetzt meinen Dank für den lebenswürdigen Empfang ausspreche, den mir Ihre Güte bereitet hat.“

Frau von Zapenburg ist wieder verwirrt. Der Mensch hat eine aalglatte Höflichkeit. Sie sagt nur: „Bitte sehr!“ und neigt mit Grandezza das Haupt zur Verabschiedung. Fast gegen ihre bessere Einsicht fügt sie noch hinzu: „Wenn es Sie nicht stört, Herr Janietta, so bitte ich Sie, uns heute mittag Ihre Gegenwart zu schenken.“

Eine wortlose, zeremonielle Verbeugung, und Hasso folgt dem voranschreitenden alten Herrn.

Raum sind die beiden hinaus, so fragt Ulrike: „Mutter, sind alle Maler so hübsch wie dieser?“

„Aber Kind, ich begreife dich nicht! Ich finde, er sieht aus wie ein Zigeuner; nebenbei bemerkt ein wohlgezogenes junges Mädchen nimals, ob ein Mann hübsch oder häßlich ist, besonders nicht bei Leuten wie dieser, die weit unter uns stehen.“

Ulrike macht ein Gesicht wie jemand, der um alles in der Welt nicht seine eigene Meinung verraten will, aus dem einfachen Grunde, weil sie gewiß ist, daß sie für diese Meinung doch keine Gegenliebe findet.

Indessen sind die beiden Herren in dem im ersten Stock befindlichen Anwesen des von Zapenburg an-

Eine sächsische Studentenschaft?

Dresden, 11. Febr. Das sächsische Kultusministerium hat den Rektor und Senat der Dresdner Technischen Hochschule aufgefordert, die Studentenschaft zu veranlassen, endgültig Stellung zu nehmen, ob sie Mitglied der Deutschen Studentenschaft bleiben oder die staatliche Anerkennung behalten wolle. Um diese Frage zu klären, soll am 18. Februar eine Urabstimmung unter den hiesigen Studenten sein. Die Leipziger Studentenschaft hat bereits ihren Austritt aus der Deutschen Studentenschaft erklärt, während bei der Dresdner Studentenschaft darüber bisher keine Einigung zu erzielen war. Im übrigen sind Bestrebungen im Gange, zunächst eine Sächsische Studentenschaft zu gründen und von hier aus eine Erneuerung der Deutschen Studentenschaft vorzubereiten.

*

Prag zur Komreise Schobers

Prag, 11. Febr. In tschechoslowakischen Regierungskreisen wird der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schober bei Mussolini so gedeutet, daß der Anschluß an Deutschland in Wiener Regierungskreisen vorläufig aufgegeben sei. Andererseits erfährt die italienische Politik durch den Freundschaftsvertrag mit Oesterreich auf dem Balkan und bezüglich der Mittelmeerfrage zweifellos eine Stützung, die für Frankreich und den kleinen Verband un bequem werden könnte. Es sei auch möglich, daß Oesterreich als eine Brücke für eine italienisch-deutsche Zusammenarbeit wirken solle, die ein Gegengewicht gegen Frankreich wäre. Die Tschechoslowakei könne daher nur mit Frankreich, den Staaten des kleinen Verbands und mit Polen eine gemeinsame Politik machen.

Tardieu durch Verpöpfung vor dem Tod bewahrt

Paris, 11. Febr. Das fahrplanmäßige Flugzeug Paris—London ist bei einer Notlandung auf englischem Boden durch Brand vernichtet worden. Ministerpräsident Tardieu hatte die Absicht, dieses Flugzeug zur Rückkehr nach London zu benutzen. Nur der Umstand, daß der getriggerte Minister rat länger hinzog, als ursprünglich angenommen war, hat, dem „Echo de Paris“ zufolge, diese Absicht vereitelt. Tardieu hat dann den fahrplanmäßigen Zug und den Dampfer zur Reise nach London benutzt.

Eine aufsehenerregende Abberufung nach Rußland

Paris, 11. Febr. „Echo de Paris“ meldet, der seit mehreren Jahren in Frankreich lebende frühere kaiserlich russische Marineminister, Admiral Grigorewitsch, sei von der Sowjetregierung nach Rußland zurückberufen worden. Falls er sich weigere, der Anordnung Folge zu leisten, seien Strafmaßnahmen gegen seine in Rußland noch lebenden Familienangehörigen angedroht worden. Grigorewitsch hat Rußland mit einem Paß der Sowjetregierung verlassen. Er hat sich in Frankreich den Flüchtlingskreisen ferngehalten und sich nicht mit Politik beschäftigt.

Kundgebungen gegen das belgische Kronprinzenpaar

Brüssel, 11. Febr. Bei dem Besuch des belgischen Kronprinzenpaares in Antwerpen veranstalteten die flämischen Frontisten Kundgebungen. Polizei und Feuerwehr mußten einschreiten.

Veröhnlichkeit Pacellis

Rom, 11. Febr. Morgen, am Jahrestag der Vaterlandverträge, werden alle öffentlichen Gebäude Italiens beslaggt; in der Vatikanstadt werden der Gouverneur und Staatssekretär Pacelli die päpstliche Flagge hissen. Mussolini wird morgen oder übermorgen einen Besuch beim Papst machen und ihm ein kostbares Messgewand überreichen. Der „Osservatore Romano“, das Amtsblatt des Vatikans, veröffentlicht angeht dieses Ereignisses einen ungewöhnlich veröhnlichen Aufsatz, der auffallend gegen die bisherige scharfe Stellungnahme des Vatikans namentlich in der Frage der Jugendberziehung absteht. Man bringt diese Schwankung mit der Erhebung Gasparis durch Pacelli in Zusammenhang.

Werbung für eine polnische Flotte

Warschau, 11. Februar. Am 9. Februar wurde in Polen der „zehnte Jahrestag des Zutritts Polens zum Meer“, d. h. die Verstämmelung des Deutschen Reichs durch den sogenannten Korridor, feierlich begangen. In vielen Städten wurde eine öffentliche Sammlung für den Bau von polnischen Kriegsschiffen eingerichtet.

gelangt. Eine mächtige, große Halle mit dunklem Holzgetäfel an den Wänden; buntes Sonnenlicht fällt durch die mit farbigen Buntscheiben ausgefüllten Fenster in den etwas düsteren Raum und huscht lustig über alte Profatgewänder, Allongeperücken, Keisröcke und geschminkte Wangen, respektive härtige Männerköpfe. Wahlos zwischen diesen Porträts verteilt hängt hier und dort ein Genrebild von irgend einem Niederländer aus Rubens' oder Rembrandts Schule oder auch neueren Datums. Es befinden sich darunter, wie Hasso mit fundigem Auge wahrnimmt, einige wertvolle Stücke. Ebenso sind mehrere der Porträts gut gemalt und ohne Frage aus Künstlerhand hervorgegangen.

Während die beiden langsam an den Wänden dahinschreiten, begleitet der alte Zapenburg die Besichtigung mit kurzen Bemerkungen über Eigenschaften, Verdienst und Lebensschicksale seiner Vorfahren. Augenscheinlich beschäftigt er sich viel mit seiner Familiengeschichte, obgleich diese Liebhaberei erst aus der Zeit stammt, wo er in den Besitz dieses Schlosses kam. Vor einem der Gemälde — es hängt etwas abseits von den übrigen in einer dunklen Ecke des Saals dicht neben dem Ramin von riesenhafte Dimensionen — hemmt Hasso unwillkürlich den Schritt. Aus dunklem Hintergrunde blickt ein Mädchenantlitz mit seltsam schwärmerischen blauen Augen hervor. Das Gemälde stammt ohne Frage aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, nach dem hoch unter dem kaum entwickelten Busen des Mädchens hinaufgeschürzten Gewände aus weißem Atlas, und der antiken Haarfrisur zu schließen.

„Ein schöner Kopf und gut gemalt!“ meint Hasso und blickt mit Interesse zu dem Bilde hinauf.

„Ja, nicht wahr? Ein herrliches Mädchen, diese Ulrike von Zapenburg, das heißt, ich meine ihr Bild.“

4 Jahre Gefängnis wegen Erteilung von Religionsunterricht

Kowno, 11. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Sowjetgericht in Odesa den deutschstämmigen Lehrer Karl Peters zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er mehreren Schülern Religionsunterricht erteilt hat. Nach Verbüßung der Strafe soll Peters nach Sibirien verbannt werden.

Württemberg

Die Antwort des Württ. Staatsministeriums

Zur Kritik des Städtetags an dem Entwurf eines Aenderungsgegesetzes zur Landessteuerordnung und zum Gemeindesteuergegesetz

Stuttgart, 11. Februar.

Das Staatsministerium hat heute dem Städtetag folgendes Schreiben zugehen lassen:

Die Regierung anerkennt in vollem Umfang die Befugnis des Städtetages, an dem Entwurf eines Aenderungsgegesetzes zur Landessteuerordnung und zum Gemeindesteuergegesetz sachliche Kritik zu üben. Auf den sachlichen Inhalt der Kritik wird die Regierung an der geeigneten Stelle eingehen und dabei Abänderungsvorschläge ernsthaft prüfen.

Etwas anderes ist es, daß die Kritik in Form und Ton die Grenzen einhalten muß, die von den Stadtvorständen, den Trägern der Autorität in den Städten des Landes, gegenüber der obersten staatlichen Autorität erwartet werden muß. Diese Grenzen sind nicht eingehalten worden, wenn nach den Zeitungsberichten über die Sitzung des Städtetages vom 7. d. Mts. Stadtvorstände von einem „Nachwerk der Regierung“, von „leichtsinnig ausgesprochener Unwahrheit“, von „einer ganz unehrlichen Machination“, von „bewußt falscher Behauptung“ gesprochen haben oder wenn gesagt wurde, „die Regierung hege die Gemeinden wie Hunde aufeinander“, „wenn man den Regierungsentwurf betrachte, finde man, daß der badische Minister Kemmele mit seiner angeblichen Aeußerung, daß Württemberg einen niedrigeren Kulturstand habe, dem Land Württemberg das richtige Zeugnis ausgestellt habe“, „der Staat, der das tue... habe kein Lebensrecht mehr, der ethische Staatsbegriff, die Sorge für die allgemeine Wohlfahrt, existiere nicht mehr und darum seien die Länder überlebt und gehören weg“, „ein halbes Jahr sei verlobert worden, ohne daß etwas geschehen sei“, „die Regierung solle sich auf ihren Allerwertesten legen und sich den Kopf zerbrechen, wie sie etwas Besseres zustandebringe“, „man könnte meinen, daß es die Arbeit eines schlechten Obersekretärs sei, dem jede Stadt die Anstellung verweigern würde“.

Es mag sein, daß einzelne Aeußerungen in den Berichten der Tagesblätter nicht in jedem Wort zutreffend wiedergegeben sind. Die Regierung sieht davon ab, in einem Untersuchungsverfahren die Aeußerungen feststellen zu lassen. Jedensfalls ist der Ton unerhörte. Die Regierung verbittet sich diesen Ton auf das ernsthafteste. In den Augen ruhig denkender Bürger hat der Städtetag vor allem sich selbst und der Autorität der Stadtvorstände geschadet. (gez.) Wolf, Staatspräsident.“

Stuttgart, 11. Febr. Krankheitsstatistik. In der 5. Jahreswoche vom 26. Januar bis 1. Februar wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 33 (tödtlich —), Kindbettfieber 1 (—), Genickstarre 1 (—), Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose 13 (22), Scharlach 60 (—), Typhus 2 (—), Paratyphus 1 (—), Paratyphusverdacht 1 (—), Fleischvergiftung 1 (—).

70. Geburtstag. Baurat A. Hofacker, der seit 19 Jahren dem Bürgerausschuß bzw. dem Gemeinderat angehört, feiert am 12. Februar den 70. Geburtstag.

Vorsicht gegenüber Sammlungen. Das Ueberhandnehmen von Sammlungen aller Art, sei es in der Form von Hausammlungen oder durch Zufendung von Bittschreiben und Verberiefen, gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Veranstaltung öffentlicher Sammlungen zu gemeinnützigen, wohltätigen oder vaterländischen Zwecken behördlicher Erlaubnis bedarf, die in Württemberg bei Landesammlungen vom Innenministerium, sonst von der zuständigen Polizeibehörde (Oberamt) erteilt sein muß. Angesichts der vielen „wilden“ Sammlungen muß dringend insbesondere bei unbekanntem Unternehmungen vor der Berabreichung von Gaben ohne Prüfung, ob die Sammlung genehmigt ist, gewarnt werden. Bei Haus- und Straßenammlungen haben die Sammler einen von der Genehmigungsbehörde ausgestellten Ausweis mitzuführen, der auf Wunsch vorgezeigt werden muß. Die Rentraffektiva für Wohltätigkeit in Würt-

Sie war die einzige Tochter des weiland Kammerherrn von Zapenburg. Dieser war mit einer von der Floten aus ständischem Geschlecht vermählt, von welcher auch wohl das schöne aschblonde Haar sich auf die Tochter vererbt hat. Die Person dieser Ulrike ist mit einer romanhaften, um nicht zu sagen etwas sabelhaften Geschichte verknüpft. Das Bild ist von einem jungen Italiener gemalt worden, ohne Frage einem tüchtigen Künstler; gleich hier daneben hängt das unvollendete Porträt des Bruders jener Dame, das deshalb nicht ausgeführt wurde, weil der Maler die junge, kaum sechzehnjährige Ulrike entführte und mit sich nach dem Süden nahm. Kann mir denken, wie der Vater gewettert hat über diese Liaison seines Kindes!

Herr von Zapenburg lacht vergnügt, fast lautlos, über diese kleine interessante Episode, die er mit Mühe und Arbeit aus vergilbten Folianten zusammengelesen hat.

„Und was wurde aus ihr?“ fragte Hasso.

„Ja, darüber habe ich leider nichts Genaueres erfahren können. Auf jeden Fall muß sie in noch jungen Jahren gestorben sein, und zwar hier in Zapenburg. Ich glaube dies mit Bestimmtheit annehmen zu können, weil ein Grabstein in dem Erbbegräbnisse an der Kapelle die einfache Aufschrift trägt: Ulrike von Zapenburg, geboren 1790, gestorben 1821, ohne weitere Angaben. Unter dem Namen stehen einzig die Worte: „Und führe uns nicht in Versuchung“. Es ist dies seit dem Bestehen unserer Familie der einzige Fall, wo eins ihrer Glieder verstorben hat, was es seinem Namen und seinem Stande schuldig ist.“

Fortsetzung folgt.

temberg, Stuttgart, Poststraße 29, gibt über die Genehmigung einer Sammlung oder über die sammelnde Organisation kostenlos Auskunft.

Hedelfingen O.A. Stuttgart, 11. Febr. Schwere Zusammenstoß. Gestern vormittag erfolgte eine Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Radfahrer. Der Radfahrer, der 19 Jahre alte Albert Dittlerbach von hier, erlitt dabei im Gesicht und an der Brust schwere Verletzungen. Der Motorradfahrer kam mit dem Schrecken davon.

Aus dem Lande

Craikheim, 11. Febr. Im Ausland lebende gefährlich verlegt. Der aus Craikheim stammende Steiger Robert Bollmann, Angestellter der Ost-Borneo Steinkohlengrube in Samarinda (Ost-Borneo) wurde durch frisch zugezogene chinesische Kontraktkulis in der Kohlenmine seiner Gesellschaft durch Stichwunden lebensgefährlich verletzt. Zwei holländische Kollegen des Bollmann wurden durch die Kulis totesigeführt. An Bollmanns Aufkommen wird gezweifelt. Die Täter wurden durch die niederländisch indische Polizei aufgegriffen.

Löffelsteden O.A. Mergentheim, 11. Febr. Bei der Schultheißenwahl wurde mit 137 von 152 abgegebenen Stimmen der bisherige Schultheiß Weiß wiedergewählt.

Conweiler O.A. Neuenbürg, 11. Febr. Auf dem Weg zum Friedhof tödlich überfahren. Als am Freitag nachmittag die 60 J. a. Frau Marie Rapp in Begleitung anderer Frauen zu einer Beerdigung nach Ottenhausen wollte, wurde sie am Ortsausgang von Feldernach von dem Kraftwagenführer Hugo Brommer in Pfingweiler, der Personen nach Ottenhausen brachte und auf dem Rückweg war, um weitere zu holen, überfahren, wobei sie schwere Verletzungen erlitt, denen sie nunmehr erliegen ist.

Ebingen 11. Febr. Verlammlung der Arbeitslosen. Vergangene Woche versammelten sich hier die Arbeitslosenunterstützungsempfänger, um von einem Gemeinderat einige ausführliche Darlegungen entgegenzunehmen. Vom Redner wie auch in der nachfolgenden Aussprache wurde besonders über die unhaltbaren Zustände auf dem Arbeitsamt Balingen Klage geführt, da manche Arbeitslose oft 6-8 Wochen warten mußten, bis ihre Anträge erledigt wurden. Der Protest der Verlammlung kam in einer einstimmig gefaßten Entschließung zum Ausdruck.

Tailfingen O.A. Balingen, 11. Febr. Selbstmord. Am Samstag abend nahen sich der 21 J. a. Werkführer Eugen Biber das Leben. Verzweiflung über ein aufgelöstes Liebesverhältnis hat den jungen Menschen in den Tod getrieben.

Wiß O.A. Balingen, 11. Febr. Eine Wildschweinjagd. Am Sonntag konnten die hiesigen Jäger auf der Markung Neufra ein Wildschwein nach einer halben Stunde Treiben zur Strecke bringen.

Ulm, 11. Febr. Die Erhöhung der Umlage um 3 v. H. abgelehnt. Der Gemeinderat hat die Anträge der Bürgerpartei, den Fehlbetrag von etwa 500 000 M. im Stadthaushalt dadurch zu decken, daß städtischer Besitz, der bedeutend ist, verkauft, durch Ablösung des Wiederkaufsrechts an städtischen Gebäuden Einnahmen geschaffen, die städtischen Hofgüter verpachtet und deren städtisches Inventar verkauft werde, gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen, nur bezüglich der Gutshöfe wurde eine Milderung der Anträge vorgenommen. Damit ist der Antrag der Stadtverwaltung auf Erhöhung der Umlage um volle 3 v. H. abgelehnt.

Mleid. Die ledige 20jährige Stütze Frida Lutz von Widdbad wurde vor dem Schwurgericht wegen Meineids in einem Unterhaltsprozeß zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dom Heuberg, 11. Febr. Der Heuberg im Jahr 1929. Mit Beendigung des Jahres 1929 ist das 1. Jahrgang der Heubergarbeit abgeschlossen worden. Aus dem für das abgelaufene Jahr 1929 erstatteten Bericht ist zu entnehmen, daß insgesamt 8183 Kinder mit 443 068 Verpflegungstagen 1929 auf dem Heuberg untergebracht wurden, während der Gesamtbesuch für 1928 sich auf 7410 Kinder mit 412 263 Verpflegungstagen belief. 1929 waren 3916 Knaben und 4267 Mädchen auf dem Heuberg. Als Baden stammten 2659 Kinder, aus Württemberg 2521. Im Erholungsheim waren insgesamt untergebracht 4806 Kinder, im Schullandheim 49 Klassen mit 1379 Kindern. Die Fortbildungsschule war von 294, die Haushaltungsschule von 429 Schülerinnen besetzt, während in der Heilstätte 1275 Pflanzlinge Aufnahme fanden. Der Gesundheitszustand der Kinder war im allgemeinen zufriedenstellend, im ganzen Jahr waren 838 Kinder mit 74 Erwachsenen in der Krankenabteilung, 52 Kinder und 2 Erwachsene in der Isolierabteilung. In 519 Fällen wurde bei Kindern Angina festgestellt, ein Todesfall (Streptokokkenseptikämie) ist leider auch in diesem Jahr zu verzeichnen. Ende März hat der bisherige Anstaltsleiter des Heubergs, Staatsminister a. D. Dr. Dominicus, sein Amt wegen Arbeitsüberlastung, er ist 1. Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft und 1. Vorsitzender des Deutschen Luftfahrtverbandes, niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde Oberschulrat Dichter von Karlsruhe ernannt.

Pforzheim, 11. Febr. Vom Maskenball in den Tod. Am Montag morgen hat sich ein 29 J. a. Goldschmied vergiftet. Die Nacht vorher war er mit seiner Frau auf einem Maskenball. Der Grund zur Tot ist Eifersucht.

Amliche Dienstnachrichten

In den Ruhestand verlegt: Rektor Hente an der evang. Volksschule in Alten, Oberlehrer Weber an der evang. Volksschule in Alten und die Hauptlehrerin für Handarbeit Bohmewelsch an der evang. Volksschule in Stuttgart, Handarbeitslehrerin Schäfer an der evang. Volksschule in Heilbronn auf Ansuchen.

Ernannt: Keramiker Arno Klechle zum Beiratsmitglied bei der Kunstgewerbeschule in Stuttgart. — Reichsbahnratmann Oswald, Vorstand des Personalbüros, zum Reichsbahnrat.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Schuhmaßnahmen der Reichspost gegen räuberische Heberfälle auf Landposten. Wegen der sich mehrenden räuberischen Heberfälle auf Landposten im Reich sollen die Postbegleiter der Poststraßenwagen auf gefährlichen Strecken mit Schusswaffen ausgerüstet werden.

Deutsche in Griechenland. Nach einer amtlichen griechischen Feststellung halten sich in Griechenland gegen 1420 Reichsdeutsche, davon 699 Männer und 731 Frauen auf.

Oesterreicher sind gegen 800 anwesend. Freundschaft im allgemeinen 73 338, darunter viele Griechen mit amerikanischen oder englischen Pässen.

Keine Schülerprämien. In Schneeberg (Sachsen) hatte der kaufmännische Verein wie im Vorjahr Schülerprämien für fleißige und würdige Handelschüler zur Verfügung gestellt. Die Schulleitung mußte aber mitteilen, daß die Prämien nicht haben verteilt werden können, da keine Schüler vorhanden seien, die eine Prämie verdient hätten.

Der Sklarekprozeß. Die Voruntersuchung gegen die Gebrüder Sklarek soll Ende Januar abgeschlossen sein. Die Hauptverhandlung, die 5 bis 6 Monate dauern dürfte, wird voraussichtlich im August beginnen.

Entlassungen bei der BVG. Die Berliner Verkehrsgesellschaft hat beschlossen, 500 Mann des technischen Personals zu entlassen. Die BVG. hat sich hierzu infolge der Sparmaßnahmen entschließen müssen, nachdem der kommunistische Arbeiterrat den angebotenen Ausweg, eine Feiertagspflicht pro Woche einzulegen, abgelehnt hatte.

40 000 Berliner Läden ohne Licht. Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden in Berlin hat beschlossen, seine sämtlichen Mitglieder und die dem Bund angeschlossenen Verbände aufzufordern, vom 15. bis 28. Februar als Protest gegen die Erhöhung der städtischen Werttarife nach Geschäftsstillschließung die Schaufensterbeleuchtung einzustellen und auch die Reklamschriften nicht mehr leuchten zu lassen. An dem Vorhaben sollen sich rund 40 000 Berliner Ladengeschäfte beteiligen.

Ein englischer Fischdampfer verloren. Der Anfang Januar von Hull ausgehende Fischdampfer St. Louis wird vermißt. An der norwegischen Küste wurden zwei Rettungsringe angeschwemmt, so daß anzunehmen ist, daß der Dampfer mit 16 Mann Besatzung untergegangen ist.

Wiedereinstellung entlassener spanischer Offiziere. Fünf Obersten, 21 Oberleutnants, 49 Majore, 93 Hauptleute und 83 Artillerieleutnants des spanischen Heeres, die unter Primo de Rivera außer Dienst gestellt worden waren, sind wieder in den aktiven Dienst eingestellt worden. Desgleichen wurden 124 Offizierschüler und 22 Unteroffizierschüler wieder in die Artillerieschule aufgenommen.

Handel und Verkehr

Langsamere Abnahme der Getreidevorräte

Die Erhebungen der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsamt über die in der Landwirtschaft vorhandenen Gesamtvorräte und die zum Verkauf verfügbaren Mengen zeigen im letzten Berichtsabschnitt vom 15. Dezember 1929 bis zum 15. Januar 1930 eine langsamere Abnahme als in der vorigen Berichtszeit. Die Gesamtvorräte haben beim Winterweizen nur um 10 statt 10,4, beim Winterroggen um 7,0 statt 9,7, bei Sommergerste 10,9 (10,0), und bei Kartoffeln um 7,3 statt 9,9 v. H. abgenommen. Dagegen fanden die Gesamtvorräte bei Hafer gegenüber der früheren Berichtszeit etwas schnellere Abnahme (8,7 statt 7,3 v. H.). Was die Verkaufsvorräte anlangt, so finden wir beim Winterweizen mit nur 5,7 gegenüber 9,1, beim Winterroggen mit nur 3,8 gegenüber 5,9, bei Sommergerste mit nur 6,8 gegenüber 8,4, beim Hafer mit nur 2,3 gegenüber 3,1 und bei Kartoffeln mit nur 1,8 gegenüber 3,7 eine Verlangsamung im Abzug.

Vom Weizen waren am 15. Januar noch 39,5 v. H. in den Händen der Landwirte gegenüber 45 v. H. im Vorjahr. Zum Verkauf standen noch 31,9 gegenüber 35,1 v. H. zur Verfügung. Auf absolute Zahlen umgerechnet kann man sagen, daß nach etwa 12 Millionen Doppelzentner (gegen fast 15 1/2 Millionen im Vorjahr) insgesamt in den Händen der Landwirte und nicht ganz 10 Millionen Doppelzentner (gegen etwa 12 Mill. im Vorjahr) zum Verkauf zur Verfügung waren. Auf Grund der Absatzentwicklung in den letzten Monaten und der Höhe der vorhandenen Vorräte wird man annehmen können, daß bei Beibehaltung eines 50prozentigen Verbrauchszwangs auch in den nächsten Monaten dem Abzug deutschen Weizens keine besonderen Schwierigkeiten entgegenzutreten dürften.

Von Winterroggen stehen insgesamt noch 48,1 v. H. der Ernte (gegenüber 46,2 im Vorjahr) und 26,9 v. H. der Verkaufsvorräte (gegenüber 25,2 im Vorjahr) zur Verfügung. Für den Landwirt heißt die Parole deshalb vorläufig weiter: möglichst große Roggenverwertung im eigenen Betrieb. Von Gerste ist die Höhe der Gesamtvorräte mit 48,7 gegenüber 41,5 v. H. und der Verkaufsvorräte mit 30,3 (gegenüber 24,0 v. H. im Vorjahr) als ungenügend zu bezeichnen. Diese entspricht etwa einer absoluten Menge von 13 Millionen Doppelzentner Gesamtvorräten und 8 Millionen Doppelzentner Verkaufsvorräten. Bei dem schlechten Brangertergeschlecht sucht ein verhältnismäßig großer Teil der Ernte den Ausweg durch Verfütterung.

Berliner Dollarkurs, 11. Febr. 4.185 G., 4.193 B. Dt. Abl.-Anl. 52.75.

Berliner Geldmarkt, 11. Febr. Tagesgeld 4—6,5 v. H., Monatsgeld 7—8,5 v. H., Warenwechsel 6 v. H.

Privatdiskont 5,5 v. H. kurz und lang.

Die Aktienmehrzahl vom 3. bis 8. Februar 1924 bis 1926 gleich 100 stellt sich für die Woche vom 3. bis 8. Februar auf 122,9 gegenüber 122,0 der Vorwoche.

Volle Arbeit bei NSU. Wie man hört, wollen die NSU-Fabrikanten Werke in Neckarhulm ab Mitte des Monats die volle Arbeit wieder aufnehmen. Es wird damit auch eine Wiedereinstellung von Arbeitskräften verknüpft sein.

Das Kaufangebot auf die Emelka. Die halbamtliche Mitteilung, daß die amerikanische Radio Corporation ein „günstiges“ Kaufangebot auf das Filmunternehmen Emelka gemacht habe, ist zunächst als ein Fühler zu betrachten, wird aber meist sehr ungünstig beurteilt. Die Handelspresse fragt, warum die Reichsregierung Millionen in das Unternehmen gesteckt habe, nur um es aus politischen Gründen nicht in den Besitz des deutschen Konkurrenzunternehmens Ufa kommen zu lassen, wenn sie es jetzt an eine ausländische Gesellschaft verkaufen wolle. Man könne kaum annehmen, daß der Reichstag einem so eigenartigen Geschäft seine Zustimmung gebe.

Allgäuer Emmentaler-Käseverband. In einer in Lindenberg von den bedeutendsten Fabrikanten von Emmentaler Käse aus Bayern und Württemberg abgehaltenen Versammlung des Handelsmarktschuhverbandes für Erzeugnisse der Milchwirtschaft wurde beschlossen, eine Umbenennung des Verbands in „Allgäuer Emmentaler-Käseverband“ vorzunehmen, der die ganze Branche umfassen soll. Gleichzeitig wurde darüber beraten, daß ein Stempel zur Einführung kommen soll, der für die beste Qualität von Allgäuer Emmentaler verwendet wird. Mit diesem Stempel sollen die Käse besser qualifiziert für den Verkehr kennlich gemacht werden, wie andere Standardwaren.

Vergleichsverkündung Joepprich verschoben. Da die Verhandlungen des Gläubigerausschusses mit den Banken betreffend der Auszahlungsgarantie im Quotenvergleich Gebr. Joepprich-Gesellschaft noch schweben, wurde beim Bericht der Antrag gestellt, den Termin der Beschlusverkündung um 8 Tage zu verschieben. Diesem Antrag wurde stattgegeben und die Beschlusverkündung auf Dienstag, den 18. Februar, festgesetzt.

Gläubigerversammlung der Banco-Werke AG. in Heilbronn, 11. Febr. Eine Gläubigerversammlung der Banco-Werke

AG. Heilbronn ergab ein trauriges Bild der in Konkurs gegangenen Firma. Das Aktienkapital in Höhe von 40 000 Mark ist aufgebraucht, die nicht bevorrechtigten Gläubiger mit ihren Ansprüchen in Höhe von 40 000 M., ein Teil der bevorrechtigten Gläubiger mit Ansprüchen in Höhe von 5000 M. und ein Teil der Hypothekengläubiger gehen leer aus. Im ganzen ist eine Schuldlast in Höhe von 130 000 M. entstanden. Die Banco-Werke AG. sind vor einigen Jahren unter Beteiligung von Amtskörpern, Stadt und Kriegsvorforgeschädigte aus der damaligen hiesigen Verwundetenkassenherausgegangenen, um den in der Verwundetenkassen ausgebildeten Leuten dauernde Beschäftigung zu verschaffen. Schon im vorletzten Geschäftsjahr hatte sich eine Unterbilanz ergeben. Deshalb griff im November v. J. die Amtsversammlung nochmals ein und es kam ein Vertrag auf Uebertragung der Immobilien der Gesellschaft auf die Oberamtsparkei zustande. Dieser Uebertragungsvertrag wurde in der Gläubigerversammlung als ein den guten Sitten widersprechender Anbelagerungsvertrag bezeichnet und man hat deshalb Anfechtungsanträge eingereicht. Festgestellt wurde auch, daß die Bücher sehr schlecht geführt worden sind. Stadt und Amtsversammlung sind bei dem Zusammenbruch ebenfalls erheblich geschädigt.

Zahlungseinstellungen. Die Damenmantelfabrik Sala-Monstly u. Pufelles in Berlin hat mit 300 000 Mark Schulden die Zahlungen eingestellt. — In Rosenbergl (Oberhessen) ist die Getreidegroßhandlung Rosemann u. Co. zahlungsunfähig geworden. — Die Bank Münzelsheimer u. Co. in Offen strebt einen Vergleich an.

Zahlungseinstellung: Die Privatbank Nachbauer u. Co. in Biberach hat am Montag ihre Zahlungen eingestellt. Das ist seit einem halben Jahr das dritte Bankinstitut von Biberach, das den wirtschaftlichen Verhältnissen erliegen ist. Man hofft, daß ein Vergleich zustandekommt wird.

Wie verlautet, befindet sich auch eine Verhandlung in Kottweil a. R. in Zahlungsdirektionsstellen.

Konkurse. Eduard Rieger, Inh. einer Käse- und Butterhandlung in Craikheim; Gottlieb Wolf, Inh. eines Wärmegeschäfts in Altensteig; Josef Siefert, Inhaber einer Baumaterialienhandlung in Neckarhulm; Alois Deng, Bäckermeister und Konditor in Neckarhulm, Marktstr. 6; Nachlaß der am 27. Januar 1930 verstorbenen, in Ulm wohnhaft gewesenen Anna Gottschalk, geb. Kahn, gem. Inhaberin eines Fuhrgeschäfts; Josef Ludwig, Fabrikant in Bolanden, Geb. Bergatreute, Inhaber der Firma R. Ludwig, Cierkeimwarenfabrik in Bergatreute.

Stuttgarter Börse, 11. Febr. Mangels jeglicher Anregung war das Geschäft an der heutigen Börse wieder unbedeutend und die Tendenz lustlos bei wenig veränderten Kursen.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 11. Febr. Weizen märk. 23.70—24. Roggen 15.90—16.30, Braugerste 16—17, Futter- und Industrieernte 13.80—14.70, Hafer 12.30—13.30, Weizenrot 28.25—35.25, Roggenmehl 21.25—25, Weizenkleie 7.75—8.50, Roggenkleie 7.75 bis 8.25.

Bremen, 11. Febr. Baumwolle Middl. Unt. Land. Loco 17.16.

Magdeburger Zuckerbörse, 11. Febr. Februar 26.50, 26.62 1/2, März 26.65, April 26.80, Mai 26.95, Juni 27.10. Tendenz: lebhafter.

Würtl. Edelmetallpreise, 11. Febr. Feinsilber Grundpreis: 62, dto. in Röttern: 61 G., 62 B.; Feingold: 2800 G., 2814 B.; Ausfuhr-Platin: 6.55 G., 7.55 B.

Markte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 11. Febr. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachtvieh waren zugetrieben: 30 Ochsen, 24 Bullen, 300 Jungbullen, 333 Jungrinder, 236 Kühe, 878 Kälber, 1589 Schafe, 2 Schafe. Davon blieben unverkauft: 33 Jungbullen, 17 Jungrinder, 50 Schafe. Verlauf des Marktes: mäßig belebt, Ueberstand an Jungbullen.

	11 2	8 2	11 2	8 2
Ochsen:				
ausgemästet	50—53	49—52	Rühe:	
vollfleischig	45—48	44—48	feilsch	24—29
feilsch	—	—	gering genährt	18—22
Bullen:			Kälber:	
ausgemästet	50—52	49—51	feinste Maß- und	75—79
vollfleischig	46—48	45—48	beste Saughäler:	72—75
feilsch	—	—	mittl. Maß- und	70—74
ausgemästet	58—56	52—50	gute Saughäler	66—70
vollfleischig	48—51	46—50	geringe Kälber	60—68
feilsch	44—46	44—46	Schmelze:	
gering genährt	—	—	über 300 Pf.	83—85
Jungrinder:			240—300 Pf.	84—85
ausgemästet	58—56	52—50	200—240 Pf.	84—85
vollfleischig	48—51	46—50	160—200 Pf.	82—84
feilsch	44—46	44—46	120—160 Pf.	81—82
gering genährt	—	—	unter 120 Pf.	78—80
Kühe:			Sauen	
ausgemästet	41—45	—		62—71
vollfleischig	31—38	—		60—68

Ulmer Schlachtviehmarkt, 11. Febr. Zutrieb: 3 Ochsen, 7 Ferkel, 21 Kühe, 17 Rinder, 179 Kälber, 238 Schafe. Preise: Ochsen a 48—52, Ferkel a 46—48, b 42—44, Kälber b 28—32, c 16—26, Rinder a 50—52, b 44—48, Kälber a 68—72, b 64—66, Schafe a 72—76, b 68—70 Mark. Marktverlauf langsam.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt, 11. Febr. Zutrieb: 10 Ochsen, 15 Kühe, 41 Rinder, 17 Ferkel, 15 Kälber, 428 Schafe. Preise: Ochsen a 52—54, b 48—52, Ferkel a 52, b 50, Kälber b 76—80, c 72 bis 75, Schafe b 79—82, c 79—82, d 79—81 Mark.

Schweinepreise. Alten: Milchschweine 49—57. — Gschwend: Milchschweine 45—55. — Hall: Milchschweine 46—62, Kälber 65 bis 80. — Altdorf u. L.: Milchschweine 40—60, Kälber 70 bis 95. — Riedlingen: Mutterschweine 275—315, Milchschweine 42 bis 57 Mark.

Fruchtpreise. Alten: Weizen 12—12.70, Roggen 9—9.40, Gerste 9.20—9.80, Hafer 7.50—7.70, Wicken 11. — Heidenheim: Rernen 13.50, Weizen 12.20—12.60, Roggen 8.50, Hafer 7. — Riedlingen: Weizen 12.50, Braugerste 8.30—8.90, Hafer 8 Mark.

Befehlswechsel. Das altbekannte, schon viele Jahre im Besitz der Familie Beck befindliche Gutshaus zum „Kreuz“ in Wüdingen O.A. Rünningen ging an Schmid, früherer Kantinenprächler in Ludwigsburg, um 31 000 Mark über. Die Uebernahme soll bereits am 1. April erfolgen.

Devisenkurse in Reichsmark

Berlin	11. Februar	10. Februar			
	Gold	Brief	Gold	Brief	
Holland	100 Gulden	167,85	168,19	167,83	168,17
Belgien	100 Beiga	58,285	58,406	58,28	58,40
Norwegen	100 Kr.	111,72	111,94	111,70	111,92
Dänemark	100 Kr.	111,99	112,21	111,99	112,21
Schweden	100 Kr.	112,21	112,43	112,21	112,43
Italien	100 Lire	21,91	21,95	21,90	21,94
London	1 Pfd Sterl.	20,351	20,391	20,347	20,387
Neugorf	1 Dollar	4,186	4,193	4,185	4,1915
Paris	100 Fr.	16,38	16,42	16,38	16,42
Schmetz	100 Fr.	80,765	80,825	80,785	80,845
Spanien	100 Peseta	54,20	54,30	54,80	54,90
D.-Osterr.	100 Schüll.	58,92	59,04	58,89	59,01
Brag	100 Kr.	12,385	12,405	12,384	12,404
Ungarn	100 Pengö	73,14	73,28	73,11	73,25
Argentinien	1 Peso	1,603	1,607	1,603	1,607
Tokio	1 Yen	2,056	2,060	2,056	2,060
Danzig	100 D. Guld	81,32	81,48	81,34	81,49

Weiter für Donnerstag und Freitag:

Hochdruck beherrscht die Wetterlage. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch heiteres, trockenes und frostiges Wetter zu

Lokales.

Wildbad, den 12. Februar 1930.

Landesausstellung für Lehrlingsarbeiten. Wie uns die Handwerkskammer Neutlingen mitteilt, haben nachstehende Lehrlinge aus dem Bezirk, die sich an der vom Landesgewerbeamt in Stuttgart im Herbst 1929 veranstalteten Lehrlingsausstellung beteiligt haben, 2. Preise erhalten: Zimmererlehrling Karl Mayer bei Friedrich Mayer in Wildbad, Schuhmacherlehrling Gustav Schilling bei Wilhelm Reuschler jr. in Calmbach.

Probewaschen. Auf das heute nachmittag 3 Uhr und abends 8 Uhr letztmalig stattfindende Probewaschen im Saale des „Bahnhofhotels“, seien die Interessenten nochmals aufmerksam gemacht, umso mehr als der Besuch sehr lohnend ist, auch erhalten Besucher des Orig. Fig.-Waschkompressors Vorzugspreise. (Siehe gestrige Anzeige.)

Sitzung des Gemeinderats am 11. Febr. 1930.

Anwesend: Vorsitzender und 15 Mitglieder. Entschuldigt fehlt G.-R. Pfau.

Lokalfeuerlöschordnung. Die Neuorganisation der Feiw. Feuerwehr gibt Veranlassung, die Feuerlöschordnung, die aus dem Jahre 1889 stammt, der Neuzeit anzupassen. Der neue Entwurf der Feuerlöschordnung, die denen der meisten Gemeinden im Lande ähnlich ist, wurde vom Vorsitzenden verlesen und einzelne Abschnitte näher begründet. Der Gemeinderat erklärte sich mit dem neuen Entwurf einverstanden und wird dieser jetzt dem Oberamt zur Prüfung und Vollziehbarkeitserklärung vorgelegt. Die neue Feuerlöschordnung soll durch Anschlag am Rathaus zur Kenntnis der Einwohnerschaft gebracht werden. Später wird die Feuerlöschordnung zusammen mit den anderen ortspolizeilichen Vorschriften, nachdem diese neu redigiert sind, jedem Einwohner in Heftform zur Verfügung gestellt. G.-R. Rueh regt die Andringung eines weiteren Feuermelders in der Gegend vom Windhof an, etwa am Haupe Tubach. Das Stadtbauamt wurde beauftragt, Kostenvoranschlag für einen neuen Feuermelder dem Gemeinderat vorzulegen.

Notstandsarbeiten. Der Vorsitzende macht zu diesem Punkt längere Ausführungen. Schon aus dem Jahresbericht für 1929 sei zu ersehen gewesen, daß die Stadtgemeinde vieles für die Beschaffung von Arbeit getan habe; z. B. die Erbauung der Postbrücke, die Erstellung der Rohrmiswasserleitung, Wasser- und Gasleitung auf dem Sommerberg, Erweiterungsbaue der Wilhelmschule, Gasleitung in der Olgastraße, Verbesserung des Straßenkörpers der Wilhelm- und König-Karlstraße usw. Alle diese Arbeiten erforderten einschließlich der Materialien und Holzmacherlöhne einen Aufwand von 441456 Mark. Allein die Herstellungsarbeiten in den städtischen Häusern erforderten einen Aufwand von 34637 Mark, davon die Villa Wasgau 10000 Mark. Auch heuer werde die Stadtgemeinde tun, was sich ermöglichen läßt. So sei vorgesehen die Kanalisierung der Kernerstraße, Korrektur der Rennbachstraße, Verbreiterung des Jahnwegs usw. Die Voraussetzung für die Inangriffnahme dieser Arbeiten sei das Vorliegen der Pläne und Kostenvoranschläge, was aber leider nicht der Fall sei; ebenso sei die Beschaffung der Gelder für die Projekte von größter Wichtigkeit. Die Eingabe des Ortsausschusses Wildbad des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, die der Vorsitzende zur Berlesung bringt, sei eine begreifliche und beachtenswerte. (Das Stadtbauamt verlas diese Eingabe mit der Bemerkung, daß ohne Aushilfe die Ausarbeitung der Pläne nicht möglich sei.) Die einzelne Gemeinde ist aber nicht im Stande, allen Erwerbslosen Beschäftigung zu verschaffen. Der Vorsitzende hat sich deshalb wegen Ausführung des zweiten Loses der Kleinenzalsstraße, Erbreiterung der Staatsstraße nach Englsbückerle, Gleisausbau am hiesigen Bahnhof, Waldarbeiten beim großen Pöllert usw. an die betreffenden Körperschaften gewandt.

G.-R. Bott eröffnet den Reigen der Diskussion. Er gibt zu, daß die Stadtverwaltung 1929 ihr möglichstes getan habe für die Beschaffung von Arbeit. Auch jetzt müsse wieder für die Erwerbslosen alles versucht werden, was möglich ist. Die Arbeitslosen seien dankbar, wenn auch nur ein Teil von ihnen Beschäftigung bekommt. G.-R. Waidlich regt an, weitere Versuche zur Ansiedlung von Industrie zu machen. Auch ersucht er den Vorsitzenden, geeignete Schritte zu unternehmen, daß die Arbeitslosen prompter und baldiger ihre Unterstützung erhalten. G.-R. Frijsche führt an, daß er schon Anfang September darauf hingewiesen habe, daß das Stadtbauamt beauftragt wird, rechtzeitig Notstandsarbeiten bereit zu stellen. Durch das Fehlen größerer Arbeiten sollte das Stadtbauamt Zeit haben, die Pläne auszuarbeiten. Als Notstandsarbeit empfiehlt er die Fortführung der Rohrmiswasserleitung vom Windhof bis Forsthaus. G.-R. Stephan erwähnt die niedrigen Holzpreise, den Rückgang der Bergbahnfrequenz und mahnt, vorsichtig bei der Aufstellung von Projekten zu sein. G.-R. Brachold meint, wenn es dem Stadtbauamt an Zeit fehle, müssen eben einmal Ueberstunden gemacht werden. Stadtbaumeister Munk führt aus, daß die leitenden Techniker durch Nebenarbeiten überlastet seien; die Hauptarbeiten (Ausarbeitung von Projekten) bleiben dadurch liegen. G.-R. Rloh spricht sich dahin aus, daß die leitenden Techniker manche Nebenarbeiten den Aufsicht führenden Personen übertragen könnten. Er ersucht, bei eventueller Aufstellung einer Hilfskraft hiesige Kräfte zu berücksichtigen.

Es wurde schließlich einstimmig beschlossen:

1. Die Korrigierung der Rennbachstraße, Verbreiterung des Jahnwegs, Kanalisation der Kernerstraße, Durchführung der Rohrmiswasserleitung vom Windhof bis Forsthaus, Herstellung des Ortswegs in Sprollenhaus und des Leonhardswegs als Notstandsarbeit in Aussicht zu nehmen;
2. Das Stadtbauamt zu beauftragen, bis spätestens 1. März Pläne und Kostenvoranschläge vorzulegen event. eine Hilfskraft für einige Monate einzustellen;
3. Die Förderung oberstehender Notstandsarbeiten aus den Mitteln der werkschaffenden Erwerbslosenfürsorge zu beantragen;

4. Die erforderlichen Mittel durch eine Schuldaufnahme von 50 000 Mk., tilgbar in 30 Jahren (v. 1. April 1931 bis 31. März 1961) bei der Ministerialabteilung für Körperkassenwesen zu beantragen.

Im Anschluß an die Auswirkung der Arbeitslosigkeit äußerte sich der Vorsitzende in beachtenswerten Ausführungen über die Hauszinssteuer (Gebäudeeinkommensteuer): „Zu größter Enttäuschung des Mittelstandes in Handel und Gewerbe vermischt man bei den Finanzreform- und Steuerentwurfplänen des Herrn Reichsfinanzministers und unserer Politiker die baldige Aufhebung oder den Abbau der Hauszinssteuer und doch ist gerade diese Steuer eine der Hauptursachen unserer wirtschaftlichen Not. Sie ruiniert den Mittelstand, insbesondere das ganze Gastwirtschafts- und Fremdenverkehrs-gewerbe und verteuert den Arbeitern und Angestellten das Wohnen. Ein guter Teil unserer Arbeitslosigkeit ist ihr zuzuschreiben, da niemand mehr in der Lage ist, seinen Gebäudebesitz richtig zu unterhalten oder zu verbessern und dadurch dem Handwerk und den Arbeitern Beschäftigung zu geben. Sie verhindert die Kapitalneubildung und macht, daß Hauptsteuerquellen des Reichs, der Länder und der Kommunen sich sukzessive verflüchtigen. (Einkommenssteuer, Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Grunderwerbsteuer, Wertzuwachssteuer usw.) Sie hat den ganzen deutschen Gebäudebesitz um viele Milliarden entwertet. Unsere Politiker, die jedes Wort über die Hauszinssteuer ängstlich vermeiden und glauben, diese Steuer aufrecht erhalten zu können, sind mit Blindheit geschlagen. Wenn es besser werden soll, muß in erster Linie die Hauszinssteuer fallen. Sie ist ungerecht in der Ungleichheit der Erhebung, sie ist unsozial und letzten Endes eine verfassungswidrige Vermögensenteignung. Daß letzteres zutrifft, hat der Herr Reichsfinanzminister im Reichstag selbst zugegeben, indem er sagte, daß zu einer Erhöhung der Hauszinssteuer eine Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag erforderlich sei.“

Plakatwesen. Voriges Jahr wurde bekanntlich beschloffen, das Plakatwesen einer Stuttgarter Firma zu übertragen, wenn sich diese mit dem hiesigen Pächter einigt. Es hat sich nun eine weitere Firma, das süddeutsche Plakatierungs- und Kellame-Büro, gemeldet, die wesentlich günstigere Bedingungen stellt. Diese Firma bietet der Stadt vom 1.-3. Jahr 15%, 4.-7. Jahr 25%, 8.-10. Jahr 40% der Einnahmen; mindestens aber jährlich 1000 Mark. Hiesige Kunden erhalten einen Rabatt von 50%. Neben den fünf bestehenden Plakatsäulen werden weitere fünf aufgestellt, davon drei mit Uhren versehen. Die Säulen gehen nach 10 Jahren in das Eigentum der Stadt über. Die fünf neuen Plakatsäulen sollen an folgenden Plätzen aufgestellt werden: Böhnerstraße, gegenüber Haus Tanned (mit Uhr); Ede Paulinen- und Rennbachstraße; am Bahnhof; Valenbergstraße (mit Uhr); Olgastraße (mit Uhr). Der bisherige Pächter tritt von seinem Vertrag zurück, behält aber die Vertretung für den hiesigen Ort. Der Vertrag wurde vom Gemeinderat genehmigt.

Die Rohrlieferung für die Wasserleitung der Parzelle Kohlhausle wurde um das Angebot von

1005 Mark dem Gas- und Wasserleitungsgeschäft Stuttgart übertragen. Die Grabarbeiten haben bereits begonnen.

Sonstiges. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Papierfabrik der Sanitätskolonne 250 Mark überliefert hat. — Hauptlehrer Geray übergab der Ortsfürsorgepflege 50 Mark für die hiesigen Armen. — Der letzte Stammholzverkauf ergab bei einem Ausbot von 24826 Mark einen Erlös von 21261 Mark. — Die Lieferung und Anbringung der Beleuchtungskörper in der Wilhelmschule wurde der Fa. Erwin Philipp übertragen. — G.-R. Bott gibt die Anregung, in Zukunft beschlagnahmtes Holz an Ort und Stelle zu versteigern; Da lehnt in einer Ausgabe von 24 Mark nur eine Einnahme von 4.50 Mark gegenüber. Der Vorsitzende entgegnet, daß aus erzieherischen Gründen dieses nicht möglich sei. — Eine Anfrage des G.-R. Frijsche wegen Abstellung der Wasserleitung auf dem Sommerberg am letzten Sonntag mußte zurückgestellt werden, da Stadtbaumeister Winkler nicht anwesend war.

Stuttgarter Wasserversorgung. Auf eine Anfrage aus der Mitte des Gemeinderats über den Stand der Stuttgarter Wasserversorgungspläne bemerkt der Vorsitzende: Es hätte hier befreudt, daß aus Neukerungen der Stadt Stuttgart anlässlich der Erörterung über Ankauf der Kottenburger Quelle und aus ihrem Verwaltungsbericht für 1930 zu entnehmen war, daß Stuttgart immer noch an der Schwarzwaldwasserversorgung festzuhalten schein. Die Erfahrungen mit den Berger Quellen und die Feststellung der völligen Unzulänglichkeit und schlechten Beschaffenheit des Enachwassers scheinen ohne Wirkung auf die Stuttgarter Pläne geblieben zu sein. Umso energischer werde die Stadt Wildbad den ihr aufgezwungenen Kampf um ihre Existenz durchführen müssen. Wie die Vorgänge bei den Berger Quellen beweisen, könne jeder Eingriff in das Quellgebiet die Vernichtung der Thermen herbeiführen. Der Wasserstand der Enach im Jahre 1929 habe ergeben, daß die Enach nur einen geringen Bruchteil der von Stuttgart benötigten Wassermenge von 700 Sek. Liter liefern könne. Es wäre zu wünschen, daß Regierung und Landtag bald ein entscheidendes Wort sprechen, um Wildbad endlich von dieser großen Sorge zu befreien. — Schluß der öffentlichen Sitzung.

Württembergische Landestheater

Am nächsten Samstag, 15. Februar gelangt in Großen Haus Gerdis „Kastoff“ nach achtjähriger Pause in neuer Inszenierung wieder zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Carl Leonhardt, Regie führt Harry Stangenberg. In den Hauptpartien sind beschäftigt: Paula Kapper, Irma Koller, Vittoria Hoffmann-Brewer, Rut Amarnström, Helmut Seiler (Kastoff), Robert Buch, Willi Domgraf-Frohndorfer, Heinrich Bohalm, Hubert Buchta, Hermann Horner. Die neuen Dekorationen entwarf Jeltz Gjosel, die Kostüme Ernst Bilo; technische Leitung: Fritz Hanfing.

Das Schauspiel bringt am 22. Februar eine weitere Uraufführung, die diesmal dem jungen Stuttgarter Autor Paul Wanner gilt. Das interessante Erstlingswerk dieses Dichters führt den Titel „P. G. (Kriegsgefangen)“ und schildert zum ersten Mal die seelische und dramatische Spannung eines Gefangenenlagers.

LUGER

Von heute bis Samstag
1 Pfd. Fisch gratis
bei Einkauf von 4 Mark an

Heute eingetroffen
direkt von der See

Fisch-Filet
weißfleisch., Pfd. nur 50 ¢
1 Pfd. ersetzt ca. 3 Pfd. Fisch
Kabeljau u. Schellfisch
Pfd. nur 28 ¢

Blumentohl
schneeweiß, Kopf von 40 ¢
la. Kopf-Salat
Stück 35 ¢

Tomaten
fest, 1/2 Pfd. 40 ¢

Kommissbrot
ca. 3 Pfd. schwer
Loib nur 60 ¢

Bauernbrot
Loib 33 ¢

Wilder gef. Schinken
1/2 Pfd. 65 ¢
la. Leberwurst
1/2 Pfd. 38 ¢

Sering-Salat
1/2 Pfd. 25 ¢

Bismarck-Seringe
Rollmops
Dose 1.- Mark

Orangen Pfd. nur 20 ¢
Mandarinen „ 30 ¢
Bananen „ 55 ¢

Schöne große Eier
Stück nur 11 ¢

Malaga
1/2 Liter-Flasche nur 1.20

5% Rabatt

Arbeiter-Sport-Verein Wildbad.

Zu dem am Sonntag stattfindenden
Wettspiel in Altensteig
können sich noch einige Mitglieder beim Spielausschuß vorstehenden spätestens bis Freitag abend anmelden.
Abfahrt Sonntag vormittag 10 Uhr vom Lokal.

Samstag abend 5 Uhr
Spielerziehung
in der Turnhalle.
Der Spielleiter.

Esst fische!

Heute eingetroffen

Frische Seefische
Frisch gewässerte
Stodfische

Feinste
Büclinge
und
Lachsheringe

Billige
Eier
10 Stück 1.00 R.M.
extraschwere 1.20 R.M.
10 Stück 1.20 R.M.

5% Rabatt

Pfannkuch

Wildbad, 11. Februar 1930.

Todes- + Anzeige.

Unsere liebe, treubeforgte Mutter
frau
Wilhelmine Pfeiffer Wwe.
geb. Treiber

ist heute mittag 12 Uhr nach langem schweren Leiden im Alter von 77 Jahren sanft entschlafen.

In tiefer Trauer:
Mina Gland geb. Pfeiffer mit Familie
Hermann Pfeiffer „ „
Klara Lust geb. Pfeiffer „ „
Ludwig Pfeiffer „ „
Karl Pfeiffer „ „

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr auf dem alten Friedhof statt.

Mitesser

Bickel und Bussel
entstellen das schönste Gesicht.
Ein wundervolles Mittel
dagegen ist:
Cehafin-Teintwasser.
Es öffnet die Poren,
desinfiziert und konserviert.
Erhält. Stadt-Apothek.